

EUROPA VERSTÄRKEN – SACHSEN-ANHALT IN EUROPA

Veröffentlicht am 14. April 2018
[2018](#), [Beschluss](#), [Europa](#),
[Landesparteitag](#)

Europa ist ein großartiges Projekt, in dem Freiheit und Wohlstand steht. Doch viele Menschen denken bei Europa an Krise, Bürokratie und Fremdbestimmung, wenn es um die Zukunft der Union die Rede ist. Diese Sorgen darf niemand ausblenden, denn Europa trägt die Verantwortung für die Zukunft. Denn Europa gewinnt seine wichtigste Ressource aus der Überzeugung der Menschen, dass es ihnen eine bessere Zukunft gibt.

Als überzeugte Europäerinnen und Europäer unterstützen die Freien Demokraten die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union und gestalten sie mit, denn eine starke Europäische Union ist auch die Zukunft für Sachsen-Anhalt wichtig.

Die Europäische Union stand in den letzten Jahren vor großen Herausforderungen, etwa die Bewältigung der Staatsschulden- und Finanzkrise,

der Umgang mit dem Migrationszustrom und nicht zu Letzt der Brexit. Diese Herausforderungen werden zum Teil auch weiter und es kommen neue Herausforderungen hinzu wie die internationale Handelspolitik und der Umgang mit europäischen Partnern wie Russland und die Türkei hinzu.

Gerade in einer, für die EU schwierigen Phase, bedarf es auch im Europäischen Parlament einer europäischen, einer starken liberalen Stimme. Deshalb werden sich die Freien Demokraten Sachsen-Anhalt in die Diskussion um das Europawahlprogramm einbringen.

1. Wir Freie Demokraten Sachsen-Anhalt sehen die Fortführung der Europäischen Union für notwendig. Die EU muss ihren Bürgern wieder beweisen, dass sie in der Lage ist, Lösungen zu finden, die gemeinsam vereinbart werden und einzuhalten und auch durchzusetzen. Nur so können wir die Bürgerinnen und Bürger in die EU zurückgewinnen.

Aus Sicht der Freien Demokraten bedarf es mehr Gemeinsamkeit. Nur gemeinsam stark sind und nur gemeinsam sinnvolle Lösungen zu finden. Bei den Fragen unserer gemeinsamen Währung, des gemeinsamen Marktes, in der Handelspolitik, in der Flüchtlingspolitik und in der Sicherheitspolitik.

- Stärkung des europäischen Binnenmarktes, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu fördern, aber auch die Freiheit und der Privatsphäre zu berücksichtigen. Die EU braucht eine klare wirtschaftlich freiheitliche Marktpolitik gegen den Wettbewerbsdruck aus China und die neue protektionistische Politik von Trumps. Hierzu bedarf es weiterer internationaler Verhandlungen (u.a. mit Japan).
- Stärkung der inneren Sicherheit gehört eine bessere Abstimmung und Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden (u.a. Kooperation zwischen Mitgliedstaaten) insbesondere bei Fragen der Terrorismusbekämpfung und die Weiterrückführung der Grenzschutz (Frontex) hin zu einer Stärkung des Grenzschutzes.
- Stärkung der Migration im Bereich der Migration auf europäischer Ebene, die Möglichkeit eines gemeinsamen Asylsystems, um einer

Situationen rechtzeitig begegnen zu können. Die Dublin-III-Verordnung ist ein Verteilungsschlüssel, der die Bevölkerung und Arbeitskraft eines Landes berücksichtigt, zu ersetzen. Länder, die der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen, aus dem sie wiederum Aufnahme- und Grenzstaaten außerhalb der EU bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise finanziell unterstützen.

- Aufbau einer Europäischen Kommission unter dem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle

2. Wir Freie Demokraten halten es für notwendig, die europäischen Institutionen weiter zu demokratisieren und das Europäische Parlament zu stärken. Das Europäische Parlament hat das Initiativrecht erhalten und zu einem Vollparlament aufgewertet. Die Kommission in Brüssel ist ausreichend. Die Anzahl der Kommissare ist zu begrenzen. Darüber hinaus sollte auch der Rat der Europäischen Union reformiert werden.

Es bedarf dabei zukünftig einer klaren Kompetenzzuweisung, die auf der europäischen Ebene wirklich nur die übergeordneten Fragestellungen belässt und im Sinne der Subsidiarität auf nationalen und regionalen Ebenen klare Verantwortungen festlegt.

3. In der zukünftigen Haushaltsaufstellung müssen unter Beachtung des Gesichtspunktes der Sparsamkeit angemessene Finanzmittel zur Förderung und Unterstützung der Entwicklungen der europäischen Regionen bereitgestellt werden. Die europäischen Strukturfonds haben sich grundsätzlich bewährt. Die Unterschiede zwischen den europäischen Regionen bestehen nachwievor. Diese Unterschiede, die unter Einsatz der Strukturfonds abgebaut werden können. Die Entwicklung Sachsen-Anhalts bekommt auch einen beachtlichen Teil auch aus Mitteln der Strukturfonds. Daher fordern wir den Erhalt dieser

4. Förderung des europäischen Austausches in Bildung und Forschung: Beschreibung des Erasmus-Programms und des Programms der Europäischen Union als bewährte Entwicklungsprogramme in der europäischen Bildungs- und Forschungslandschaft herausgebildet. Hierfür soll es zukünftig eine bessere Koordinierung einer gemeinsamen Zusammenarbeit in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zur Stärkung des Technologietransfers in die Wirtschaft geben, um besser Synergieeffekte in der Entwicklung zu gestalten und Konkurrenzprogramme oder Doppelstrukturen zu vermeiden.

5. Europapolitik wird aber nicht nur in Brüssel, sondern auch in den Mitgliedsstaaten gemacht. Auch die europäischen Mitgliedsstaaten sind in der Pflicht ihren Beitrag zu einem gemeinsamen Europa zu leisten. Es festzustellen, dass die schwarz-rot-grüne Landesregierung in der Vergangenheit die, auf europäischer Ebene eröffneten Chancen nicht optimal genutzt. Es zeigt sich, dass Sachsen-Anhalt unter dem Wettbewerbsdruck der europäischen Regionen hinterherhinken muss. Zum Beispiel bei der für Sachsen-Anhalt wichtigen Europapolitik liegt Sachsen-Anhalt beim Mittelabruf unter den anderen Mitgliedsstaaten in der aktuellen Förderperiode 2014-2020. Die Landesregierung muss (ESF/EFRE/ELER) deutlich unter den anderen Mitgliedsstaaten liegen.

6. Zu einer starken Governance und zur Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der EU zu wahren. Deshalb muss die Landesregierung die Europäische Kommission zu einer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung führen. Wir sprechen uns hier nachdrücklich für die Aufnahme der Europäischen Union im Rahmen der Rechtsakten aus.

Die Freie Demokraten fordern die Landesregierung auf, die europäischen Fördermittel zu nutzen und einen möglichen Verfall dieser Mittel zu vermeiden. Die Landesregierung muss sich die Landesregierung schon jetzt aktiv in die mittelfristige mittelfristige Finanzplanung nach 2020 einbringen.

